

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Rudolph Kretschmer
Verlagsnummer: 25841
Kurs für Adressänderung: Nr. 20011
Schließung u. Einsparungsstellen:
Dresden - K. 1, Marienstraße 26/28

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für
Zugabe), durch die Post 2,40 RM. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Verlagsgebühren).
Einzelnnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., bis 20 mm breite Zeile 10 Pfg.,
300 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengebühr 20 Pfg. Zuständige Aufsichtsbehörde gegen Veruntreuung

Druck u. Verlag: Kretschmer & Kretschmer,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) gedruckt. Umverlangte
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Paris ist erregt über Treviranus

Der „Temps“ fordert Entlassung des Ministers

Paris, 11. August. Die Rede des Reichsministers Treviranus hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Schon die Montagfrühpresse beschäftigte sich eingehend mit den Ausführungen des Ministers, die es als eine offene Drohung an die Adresse Frankreichs und Polens hinstellte. Der „Temps“ hat ebenfalls die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, wieder einmal aufzufallen zu werden. Wenn Treviranus von der für das Reich notwendigen Freiheit gesprochen habe, so könne man dem nur gegenüber halten, daß Deutschland schon jetzt frei sei, allerdings im Rahmen der Verträge. Die Auseinandersetzungen Treviranus bedeuteten nichts mehr und nichts weniger als die Freiheit, für einen Krieg zu rufen, das linke Rheinufer militärisch zu organisieren und sich der Tributzahlungen zu entziehen, die zu leisten sich Deutschland freiwillig durch die Unterzeichnung des Youngplans verpflichtet habe. Ein deutscher Minister dürfe außerdem der letzte sein, von der Rücksicht des Reiches zu sprechen, denn das Deutsche Reich verbanke seine Stellung lediglich der offensichtlichen Vergewaltigung des Rechtes seit 47 Jahren (?) und der Unterdrückung nichtdeutscher Völkstämme im Westen, Norden und Osten (?).

Das imperialistische Deutschland sei nach vierjährigem Krieg veruldet worden, einem Kriege, den es mit den herkömmlichen Methoden und den verachtenswertesten Verletzungen sämtlicher Menschenrechte geführt habe (!). Als Antwort könne man dem deutschen Minister nur die Worte entgegenhalten, die Poincaré am Sonntag gesprochen habe, als er erklärte, Frankreich sei es seinen Toten schuldig, von niemandem offen oder hinterhältig die bestehenden Verträge ändern zu lassen. Die Auslegung der deutschen Presse, wonach Treviranus nur seine persönliche Auffassung gegeben habe, sei nicht maßgebend. Entweder teile das Reichskabinett die Ansicht Treviranus', oder es teile sie nicht. Im ersten Falle sei Frankreich über die Ziele der deutschen Politik unterrichtet, und im zweiten hätten Brünning und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung die Pflicht, sich offen gegen Treviranus auszusprechen. Man werde es unter den gegenwärtigen Umständen in Frankreich nicht verstehen, wenn er dennoch Mitglied einer Regierung bleibe, die ein solches sei, die Entspannungs- und Annäherungspolitik Stresemanns fortzuführen.

Das „Journal des Débats“ wendet sich ebenfalls in scharfen Worten gegen die Ausführungen Treviranus', die es als einen Appell an den Krieg und die Macht hinstellt. Treviranus habe eindeutig erklärt, daß er nur in einem Krieg die Verwirklichung seiner Wünsche sehe.

Berliner Antworten an die Pariser Presse

Berlin, 11. August. Zu der Aufregung, die die Rede des Reichsministers Treviranus in der Pariser Presse verursacht hat, schreibt sogar die „Voss. Ztg.“: Der Wortlaut der Rede gibt zu Bedenken aus Warschau oder Paris oder gar London nicht den geringsten Anlaß. Wir finden in der Treviranusrede nichts, was nicht vor ihm andere deutsche Politiker in verantwortlicher Stellung, was nicht auch Stresemann gesagt hätte. Auch der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid hat einmal ähnlich gesprochen.

Rein Deutscher wird niemals die Grenzziehung im Osten als gerecht oder zweckmäßig anerkennen.

Das „B. Z.“ nimmt u. a. wie folgt Stellung: Minister Treviranus hat in seiner Rede auf die heute schon so ziemlich in ganz Europa anerkannte Tatsache hingewiesen, daß die ungelöste Korridorfrage eine europäische Sorge und Gefahr bleibt. Er hätte sich dabei u. a. sogar auf ernsthafte französische Politiker berufen können, wie den Grafen D'Arlesmeson, der — man mag über seinen Lösungsvorschlag denken wie man will — doch offen die Unhaltbarkeit, Ungerechtigkeit und politische Unzweckmäßigkeit des jetzigen Zustandes zugegeben hat.

„Bis zum letzten Blutstropfen“

Die polnischen Legionäre gegen Grenzrevision

Warschau, 11. August. Der gestern in Radom abgehaltene neunte Kongreß der polnischen Legionäre hat eine Entschlieung angenommen, in der erklärt wird, daß die Legionäre, getreu der Tradition, unter der Führung des Marschalls Pilsudski ihre Anstrengungen zur Herstellung neuer Formen des politischen Lebens in Polen fortsetzen wollen. Die Entschlieung betont die Solidarität der sozialen und wirtschaftlichen Elemente als Grundlage einer Staatsentwicklung im Sinne des schöpferischen Inhaltes der demokratischen Ideen und verurteilt jede Inanspruchnahme äußerer Faktoren in dem inneren Kampf um neue Formen des staatlichen Lebens. Der Kongreß begrüßt die Tatsache, daß in diesen Tagen zum ersten Male seit der Wiederherstellung Polens die Flagge des Staatspräsidenten auf dem Meere weht, als „Symbol und Beweis dafür, daß die Aufrechterhaltung des Zuganges zum Meer die unerschütterliche Grundlage der Macht des polnischen Staates ist“. In der Uebersetzung, daß „die Grenzen des polnischen Staates unanfechtbar sind“, erklärt der Kongreß, daß die Legionäre „wie bisher bereit sind, bis zum letzten Blutstropfen für die Unverletzlichkeit der Grenzen zu kämpfen“.

Neue Verhandlungen der Rechtsparteien

Treviranus versucht die Einigung - Die Volkspartei lehnt ab

Berlin, 11. August. Am Dienstagnachmittag werden zwischen der konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei neue Verhandlungen stattfinden, die dem Versuche gelten, größere Teile der bürgerlichen Front zusammenzuführen. Ähnliche Verhandlungen haben bekanntlich schon am vergangenen Donnerstag stattgefunden, ohne indessen zu einem Ergebnis zu führen. An den bevorstehenden Besprechungen werden voraussichtlich für die Volkspartei der Minister Treviranus, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz und für die Wirtschaftspartei der Abgeordnete Sachsenberg, der am Dienstag wieder nach Berlin zurückkehrt, teilnehmen.

Von volksparteilicher Seite wird hierzu erklärt, daß der Versuch, in diesen Besprechungen ein neues Parteigebilde zu gründen, aussichtslos sein müsse.

Die Volkspartei ist entschlossen, selbständig und unbeschwert in den Wahlkampf hineinzugehen, nachdem ihre Bemühungen am vergangenen Donnerstag negativ zum Abschluß gekommen sind. Nach allgemeiner Auffassung in volksparteilichen Kreisen kann es sich bei den neuen Besprechungen höchstens darum handeln, die bisherigen losen Vereinbarungen über einen Wurzrieden während des Wahlkampfes zu vertiefen. Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, daß alle Bemühungen auf stärkste Zusammenfassung der staatsbürgerlichen Kräfte

nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn die Möglichkeit einer Einbeziehung der Deutschen Staatspartei auf gleichberechtigter Grundlage erhalten bleibt.

Die Einladung von Treviranus ist übrigens an Dr. Scholz persönlich gerichtet, der also auch lediglich unter eigener persönlicher Verantwortung an diesen Verhandlungen teilnehmen wird.

Unterstrichen wird die Stellungnahme der Volkspartei durch einen Aufruf, den der Parteivorstand der Volkspartei unter der Überschrift „Die Deutsche Volkspartei selbständig in den Wahlkampf“ in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ im Wahlkampf“ in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht. Darin heißt es ebenfalls, daß es für die Deutsche Volkspartei gelte, unbeschadet etwaiger nach den

Wahlen sich ergebender Möglichkeiten den Wahlkampf allein zu führen. Die Gefahr der Zersplitterung alles bisher Erreichten durch die extremen Elemente rechts und links sei riesengroß. In diesem Abwehrkampf hätten Stimmungen und Schlagworte keinen Raum. Es gelte vielmehr, die konkreten Aufgaben dem deutschen Volke vor Augen zu stellen: Die Durchführung der von der gegenwärtigen Regierung begonnenen großen Reformen zur Wiederherstellung gesunder Grundlagen für Staat und Wirtschaft.

Die Sammlungsbestrebungen der Mittelparteien

Berlin, 11. August. Die Mitteilungen über Sammlungsbestrebungen zwischen Deutscher Volkspartei und Staatspartei in Württemberg und Baden werden von unrichtiger Seite behauptet. Entgegen anders lautenden Berichten sind aber irgendwie endgültige Vereinbarungen noch nicht getroffen worden. Reichsminister Dr. Curtius hat die ihm in Baden angebotene Spitzenkandidatur auf der Sammelliste noch nicht angenommen. Am 17. August soll in Wiesbaden ein subwehndeutscher Vertretertag der Deutschen Volkspartei stattfinden, auf dem alle diese Fragen geklärt werden dürften.

Die Demokraten beraten über die Kandidatenfrage

Berlin, 11. August. Der Parteivorstand der Deutschdemokratischen Partei hält zusammen mit dem vom Reichsparteiendirektor eingesetzten Wahlausschuß am Dienstag im Reichstag eine Sitzung ab, in der Kandidatenfragen beraten werden.

Die Dresdner Kandidaten der SPD.

Am Sonntag tagte in Dresden der Unterbezirkspartei-tag Groß-Dresden der SPD, und beschäftigte sich mit der Aufstellung der Reichstagskandidaten. Es wurden die bisherigen Kandidaten wieder vorgeschlagen, nämlich Abg. Hermann Fleißner, Toni Sender, Artur Krät. Margarete Siegmann.

Aktive Ostpolitik

Die Ost-Rede des Reichsministers Treviranus hat eingeschlagen. Nicht so sehr wegen der darin enthaltenen Bestätigung, daß das Reich nach Osten hin keine Verzichtspolitik treiben, sondern seine Unzufriedenheit mit den dort geschaffenen Grenzverhältnissen so lange bekunden und für eine Revision so lange kämpfen will, bis unsere berechtigten Wünsche erfüllt sind. Dergleichen haben wir schon in vielen Reden, auch von verantwortlichen Mitgliedern der Regierung, gehört. Aber der Ton ist es, der hier eine ganz neue Nuance macht. Einen hinreichenden, von gleichem Tatwille befehligen Rhythmus, Fanfarenstöße, die auch die langweiligsten Schläfer aufwecken müßten. Nach den trockenen und lehrhaften, jede positive Zielangabe ängstlich vermeidenden Expositis über Außenpolitik, mit denen der Reichstag seit Stresemanns Tod traktiert wurde, schneidet der hier aufsteigende neue Ton um so greller in die monotone Melodie des europäischen Konzerts. Wir wollen wirklich frei sein, weil kein Gemeingefühl unter den Völkern der Welt gedulden kann, wenn das Recht gebeugt, wenn das Gesetz des Raumes verewaltigt, wenn stillos unbefriedigte Macht ungleich verteilt ist — das ist in ein paar knappen Formulierungen die deutsche Antwort auf Brändls paneuropäische Sirenenklänge, die uns langsam einlullen wollen, damit wir mit der Herrschaft des Unrechts in Europa unseren Frieden machen. Die Zukunft des polnischen Nachbarn kann nur gerecht sein, wenn Deutschland und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden. Ostdeutschlands Blutflodung bleibt eine europäische Sorge und Gefahr — das ist, ebenso scharf umrissen, der Inhalt unserer Ostpolitik und die notwendige Warnung an Polen, dessen Raubgelüste in letzter Zeit allzu frech den nimmer-satten Mund geöffnet haben.

Minister Treviranus ist sich bei seiner Rede sicher bewußt gewesen, daß er in ein Wespennest sticht. Die feindlich gesinnten Nachbarn sind eine so deutliche Sprache aus deutschem Munde nicht mehr gewöhnt. Und die Polen sind besonders empfindlich gegen jede Behauptung des deutschen Lebenswillens im Osten. Sie haben schon ein hysterisches Wehegeschrei angestimmt, als der Reichspräsident sich erlaubte, während der Rheinlandbefreiungstage an der zerrissenen Weichselgrenze zu weilen. Und sie denunzieren jede nichtamtliche deutsche Stimme, die vom Unrecht des Korridors und von der Verstümmelung Oberschlesiens spricht, als drohende Kriegsgesfahr. Mit um so größerer Wut fallen sie nun über den Minister her, der nicht als Amateurpolitiker auftritt, sondern in seinem neuen Amte als Reichskommissar für die Osthilfe ein gewichtiges Wort in der Ostpolitik mitzusprechen hat. Natürlich wird wieder das Kriegsgepöhl an die Wand gemalt, und alle die wohlbekanntesten Sprüche werden aufgerollt vom „letzten Tropfen Blut“, mit dem Polen die geraubten Gebiete verteidigen will. Die Waage ist zu abgelenkt, als daß sie bei uns noch Eindruck machen könnte. Im Grunde enthält die Treviranus-Rede nichts, was den Polen nicht schon hundertmal in diplomatischer Form gesagt worden wäre. Aber diese Sprache verstehen sie offenbar nicht, weil sie von ihrem Marschall Pilsudski an einen gewissen Sauerbrunton gewöhnt sind, dessen man sich im übrigen Europa nur in den übelsten Kaschemmen bedient. Deshalb war es von deutscher Seite sehr notwendig, einmal Fraktur zu reden. Was in Treviranus' Worten drohend klingt, ist nichts weiter als die gebührende Antwort auf die frechen Drohungen, die fortwährend von amtlicher oder halbamtlicher polnischer Seite gegen Deutschland ausgesprochen werden. Wenn von Öbdingen aus staatliche Funktionäre die Eroberung ganz Ostpreußens für Polen in Aussicht stellen, wenn der General Haller in Polen die polnisch sprechenden Deutschen im Reichsgebiete zum Landesverrat ermuntert und ganz Schlesien bis Breslau für den Reichs Adler in Anspruch nimmt, wenn polnische Flieger ohne Unterlaß militärische Erkundungsflüge über deutschem Boden unternehmen, so sind das Tatsachen, die unter früheren Verhältnissen einem unabhängigen Volke gegenüber den casus belli hätten bedeuten können. In unserer jetzigen Lage wollen wir uns wenigstens das Recht vorbehalten, unsere unverrückbaren historischen Ansprüche im Osten anzumelden, wie und wann es uns beliebt. Mag man in Warschau darüber zeteren, so ist und bleibt das doch die Lehre aus der Treviranus-Rede.

Noch schneller als Polen hat, wie ebenfalls zu erwarten war, Frankreich reagiert. Dort ist man seit der Rhein-

Heute: Literarische Umschau

Seite 7